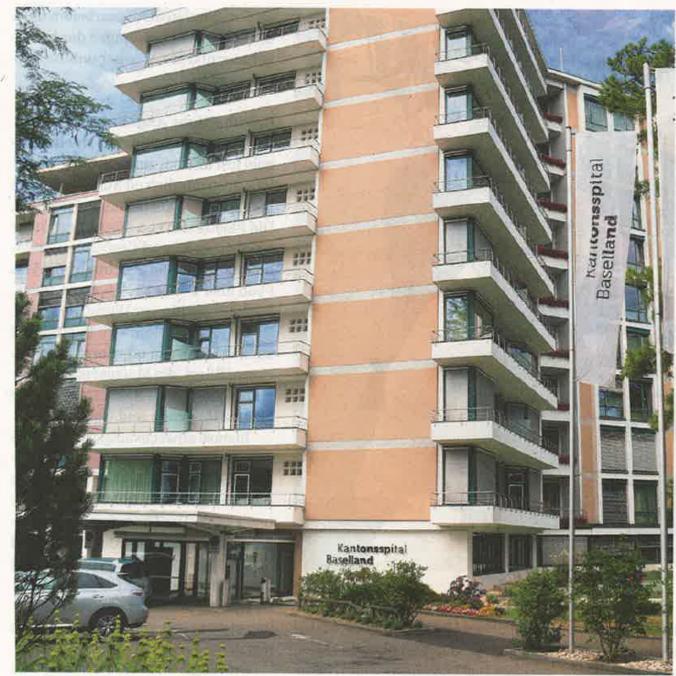
## «Meilenstein in Gesundheitspolitik»

Baselbiet | Spitalgruppe beider Basel in Vernehmlassung



Das Kantonsspital in Liestal ist eines von vier in der gemeinsamen Spitalgruppe.

Bild yzo.

Die Gesundheitsdirektoren beider Basel, Lukas Engelberger und Thomas Weber, haben gestern die gemeinsame Gesundheitspolitik vorgestellt. Zusammen will man die öffentlichen Spitäler künftig in einer Aktiengesellschaft führen. Nun läuft die Vernehmlassung.

## Thomas Immoos

Erst das Nein zur Bruderholz-Initiative im Mai dieses Jahres hat den Weg frei gemacht für das Projekt, das die Gesundheitspolitiker in Liestal und Basel ausgearbeitet haben. Gesten stellten die Regierungsräte Thomas Weber (BL) und Lukas En-

gelberger (BS) die Staatsverträge vor, welche die Grundlage für die künftige gemeinsame Gesundheitspolitik bilden. Entstehen sollen eine gemeinsame Gesundheitsversorgung und eine gemeinsame Spitalgruppe.

Dazu werden vier Spitäler gehören (Basel, Liestal, Bruderholz und Laufen); nach dem Prinzip: vier Spitäler – ein System. Das Bruderholzspital soll eine neue Ausrichtung etwa in Richtung Orthopädie erhalten und Laufen wird ein Gesundheitszentrum mit Permanence, Schmerzklinik und Rehabilitation.

Der Baselbieter Gesundheitsdirektor hielt fest, dass dabei das Universitätsspital Basel (USB) und das Kantonsspital Baselland (KSBL) dazugehören werden: «Damit können die Qualität gesichert, Doppelspurigkeiten vermieden und die Kostensteigerung gedämpft werden», führte Weber aus, und: «Es bietet sich die Chance des Jahrzehnts.»

Die volle Freizügigkeit für Patientinnen und Patienten bleibt gewährleistet. Und Lukas Engelberger versprach: «Es wird keine fusionsbedingten Entlassungen geben.» Veränderungen in der persönlichen Arbeitssituation seien allerdings möglich. Gemeinsam mit den Personalverbänden wird ein neuer kantonsübergreifender Gesamtarbeitsvertrag ausgearbeitet.

Gegründet werden soll eine Aktiengesellschaft mit öffentlichem Zweck. Zu Beginn werden die beiden Basel 100 Prozent der Aktien besitzen; dieser Anteil kann auf 70 Prozent sinken, falls später weitere Aktionäre beitreten. Das könnten Spitäler im Fricktal und im Schwarzbubenland sein oder andere Beteiligte im Gesundheitswesen. Von den anfänglich 100 Prozent der Aktien wird der Stadtkanton - gemäss den Substanzwerten der aktuellen Spitäler - 71,5 Prozent und das Baselbiet 28,5 Prozent der Aktien übernehmen. Für wichtige Beschlüsse braucht es ein Mindestquorum von drei Vierteln der vertretenen Stimmen. «Damit ist die paritätische Mitbestimmung des Minderheitsaktionärs Baselland gesichert», betonte Weber.

## Einsparungen von 70 Millionen

Vom Zusammengehen der beiden Kantone im Gesundheitsbereich erwarten die Regierungsräte jährliche Kosteneinsparungen von rund 70 Millionen Franken – «ohne Qualitätseinbusse für die Patientinnen und Patienten», betonte Engelberger.

Der eine Staatsvertrag betrifft die Planung, Regulierung und Aufsicht der Gesundheitsversorgung. Der zweite betrifft die Beteiligungsstruktur und Aktionärsrechte der neuen Spitalgruppe, deren Name noch gefunden werden muss.

Bis zum 3. Oktober läuft nun die Vernehmlassung zu den Staatsverträgen. Deren Eingaben werden geprüft. Allenfalls fliessen neue Punkte daraus ein. Bis Ende dieses Jahres könnten dann die Staatsverträge den beiden Kantonsparlamenten vorgelegt werden. Denkbar ist, dass sie - durch obligatorisches, fakultatives oder Behördenreferendum zur Volksabstimmung gelangen. Geht alles nach Plan, könnten die Rechtsgrundlagen für die neue gemeinsame Spitalgruppe am 1. Januar 2019 in Kraft treten, wie auch die gemeinsame Gesundheitsversorgung. Operativ tätig dürfte die Spitalgruppe bereits ein Jahr später werden - am 1. Januar 2020.